

---

## **Bürgerdialog Standortsuche der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe**

Die Fokusgruppe zum Thema “Wie ist eine Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens möglich?” und ihre Ergebnisse

---

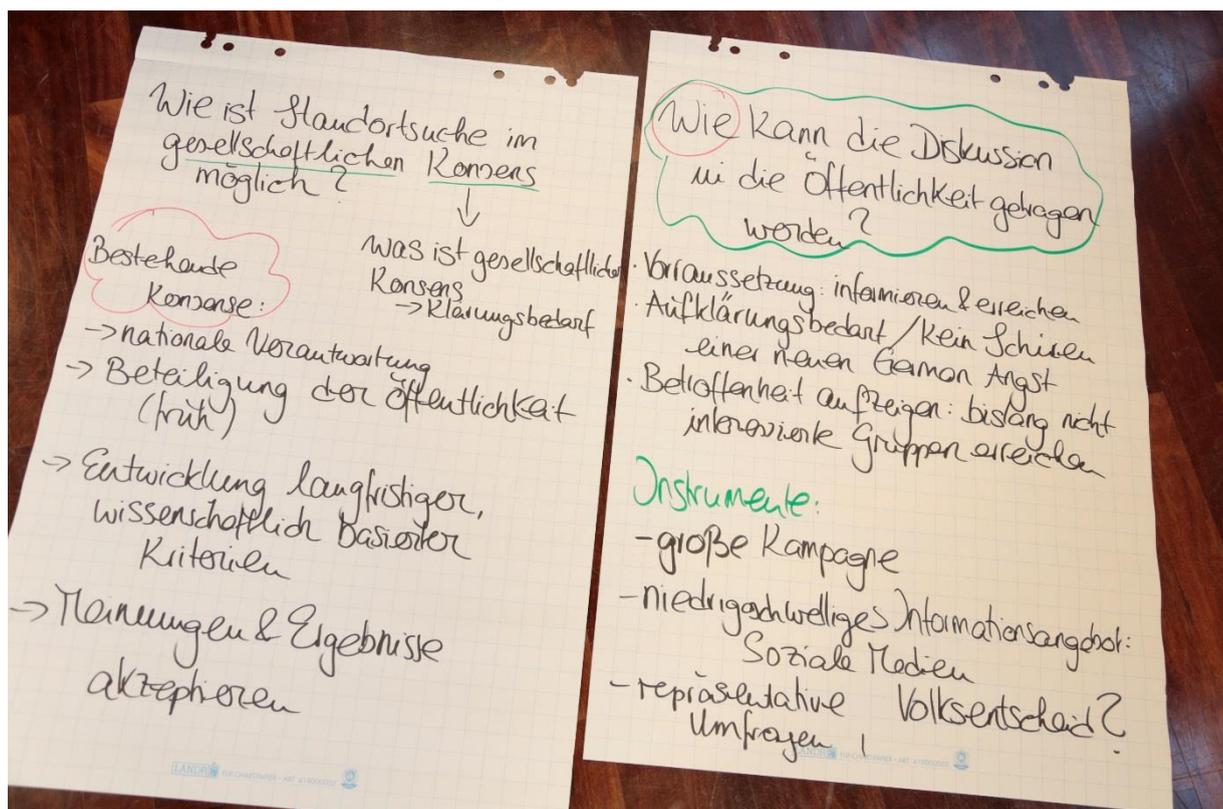
<p><b>Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe K-MAT 28</b></p>
-----------------------------------------------------------------------------------

# Bürgerdialog Standortsuche der Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe

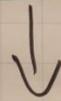
## Fokusgruppe zum Thema: „Wie ist eine Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens möglich?“

In der ersten Fokusgruppe diskutierten die Beteiligten über Möglichkeiten, einen möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens bei der Standortsuche zu erreichen. Hier ging es um die Definition und Festlegung bereits bestehender Konsense zum Thema. Die Gruppe diskutierte auch die Frage, wie durch Information der Öffentlichkeit überhaupt ein Konsens erreicht werden kann. Ein Streitthema der Fokusgruppe war die Möglichkeit eines Volksentscheides zur Standortauswahl.

Ergebnisse der Debatte hielt die Moderatorin nach der Diskussion in Stichworten fest. Hier drei Fotos der Stichworte:



Wie ist Standortsuche im  
gesellschaftlichen Konsens  
möglich?



Was ist gesellschaftlicher  
Konsens  
→ Klärungsbedarf

Bestehende  
Konsense:

- nationale Verantwortung
- Beteiligung der Öffentlichkeit  
(früh)
- Entwicklung langfristiger,  
wissenschaftlich basierter  
Kriterien
- Meinungen & Ergebnisse  
akzeptieren

Wie kann die Diskussion  
in die Öffentlichkeit getragen  
werden?

- Voraussetzung: informieren & erreichen
- Aufklärungsbedarf / kein Schüren einer neuen German Angst
- Betroffenheit aufzeigen: bislang nicht interviewte Gruppen erreichen

### Instrumente:

- große Kampagne
- niedrigschwelliges Informationsangebot:  
Soziale Medien
- repräsentative Volksentscheid?  
Umfragen!

Das Kommissionsmitglied Sylvia Kotting-Uhl führte in der Fokusgruppe mit folgendem Kurzreferat in das Thema ein:

## **Impuls zur Fokusgruppe „Wie ist eine Standortsuche im gesellschaftlichen Konsens möglich?“**

**von Sylvia Kotting-Uhl MdB**

Deutschlands bisherige Endlager-Geschichte heißt Asse, Morsleben, Gorleben, Konrad: zwei gescheiterte Endlager für schwach und mittelradioaktiven Müll; ein nicht wissenschaftlich, sondern politisch ausgewählter Standort für hochradioaktiven Müll, in dessen 38-jähriger Geschichte alles falsch gemacht wurde, was ein Staat falsch machen kann; ein genehmigtes Endlager für schwach und mittelradioaktiven Müll, gegen das es bis heute erbitterten Widerstand gibt. Aus dieser Geschichte resultiert tiefes Misstrauen in weiten Teilen der Bevölkerung gegenüber Entscheidern und Behörden. Bis auf die Asse im Vorfeld der Entscheidung zur Räumung des Lagers gab es nirgends Öffentlichkeitsbeteiligung, welche die Bevölkerung in anstehende Entscheidungen eingebunden hätte. Auch bei anderen Großprojekten zeigt sich zunehmend, dass in Deutschland Instrumente und ein ausgeprägter Wille fehlen, vor dem Realisieren solcher Projekte den Konsens mit der betroffenen Bevölkerung zu suchen.

Bei dem anstehenden Großprojekt mit der besonderen zeitlichen Dimension wird ein größtmöglicher Konsens in der Gesellschaft unverzichtbar sein. Am Ende der Standortsuche den gefundenen Endlager-Standort mit Staatsgewalt und Polizeiknüppel durchsetzen zu wollen, wie es jahrzehntelang in Gorleben versucht wurde, verbietet sich von selbst. Ob der am Ende gefundene Standort eine Chance auf Akzeptanz auch in der betroffenen Bevölkerung hat, können wir nicht prognostizieren. Sie steigt aber mit der Qualität des Verfahrens und mit der Breite des Konsenses, der in der Gesellschaft herstellbar ist.

Über Vorbedingungen für die Möglichkeit eines gesellschaftlichen Konsenses bei der Endlagersuche wollen wir beim Bürgerforum am 20. Juni in der Fokusgruppe 1 diskutieren. Ich meine, mindestens diese Voraussetzungen müssen erfüllt sein:

- die Vergewisserung bestehender Konsense. Zum Beispiel die gesetzliche - vielleicht sogar grundgesetzliche - Festlegung des Atomausstiegs und der nationalen Lagerung hoch radioaktiver Abfälle.
- die Aufarbeitung von Erfahrungen der Vergangenheit.

- ein ergebnisoffenes und wissenschaftsbasiertes Standortauswahlverfahren. Hoffnung auf die Akzeptanz eines Standorts in der betroffenen Region ist nur berechtigt, wenn für die Menschen vor Ort nachvollziehbar ist, dass der Standort im Vergleich zu anderen Standorten die bestmögliche Sicherheit zur Lagerung hoch radioaktiven Atommülls bietet.
- die „Spielregeln“ für das Auswahlverfahren: sie müssen vorher definiert sein und eingehalten werden. Wo Flexibilität einem sicherheitsorientierten Verfahren förderlich ist, muss auch das als Spielregel vorher geklärt sein.
- die frühestmögliche Öffentlichkeitsbeteiligung - sobald Standortregionen in einem ersten Schritt definiert sind. Die Öffentlichkeitsbeteiligung muss transparent, fair und auf Augenhöhe geschehen. Es darf keinen Ausschluss von sich betroffen fühlenden Bürgerinnen und Bürgern geben.
- der gesellschaftliche Konsens als Prozess, der sich durch Dialog und die selbstkritische Hinterfragung bisheriger und künftiger Entscheidungen immer wieder erneuert. Fehlerkorrekturen und Rücksprünge müssen möglich sein.
- ein Veto-Recht bzw. bekundete Beteiligungsbereitschaft betroffener Regionen.
- die angemessene Anerkennung für die Übernahme der Last durch die Gesellschaft. Die Form der Anerkennung sollte von den potentiell Betroffenen definiert werden.
- Anerkennung und Übernahme ihrer Verantwortung unterschiedlicher gesellschaftlicher Akteure. Zum Beispiel Anerkennung und selbstverständliche Übernahme der Kosten durch die Verursacher des Atommülls.